Gedenkfeier für Stresemann

Am 3. Oktober wird am Grabe Stresemanns ein Gedenkstein enthüllt werden. An der dafür in Aussicht genommenen internen Veranstaltung werden die Mitglieder des Kabinetts im Reich und Preußen, die diplomatischen Vertreter und eine Reihe persönlicher Freunde des verstorbenen Außenministers teilnehmen. Reichsinnenminister Dr. Wirth hält eine kurze Ansprache.

Zeitungen werden nicht müde, im Sinne der pontifikalen Richtlinien ihre Gunst für die Annäherung der Völker und die Unternehmen der Befriedung zu verweisen." Die erfolgreichen internationalen Zusammenkünfte der Katholiken, die deutsch-französische Katholikenbesprechung in Berlin und viele andere Beispiele können als Beweis einer Gesinnung erbracht werden, die zwar keineswegs allen positiven Katholiken Frankreichs gemeinsam ist, die aber doch seit einigen Jahren an Stärke und Verbreitung gewonnen hat.

Trotz alledem ist sicher das politische Selbstvertrauen des fortschrittlichen Katholizismus Frankreichs durch geschichtliche Versäumnisse und Schuldgefühle noch sehr gehemmt. So muß auch die vorsichtige Haltung in den kulturellen Streitfragen, in der Einstellung zur Staatsschule aus der geistigen Vergangenheit verstanden werden. Um so mehr Grund, die günstigere Lage des deutschen Katholizismus zu erkennen, der die Kraft seiner staatspolitischen Ideen durch den Erfolg der letzten Reichstagswahl erwiesen hat. Das wird von den französischen Katholiken am allerbesten erkannt (ganz im Gegensatz zu den liberalen Ratgebern, die ihre Rezepte über den Rhein schicken): Die christliche Staatspartei, das Zentrum, ist, in sich gefestigt und in ihren Grundsätzen bewährt, mit Erfolg aus der Wahl hervorgegangen. Sie ist durch die Tatsache ihres Daseins und durch die erprobte Doktrin der gegebene Kristallisationspunkt für die zerstreuten Gebilde der Mitte. Sie hat das Eine klar gemacht: das Christentum ist die Grundlage, auf der sich eine deutsche Staatspartei — um diese Prägung des Augenblicks zu gebrauchen — aufbaut. Dem enzyklopädischen und humanitären Liberalismus weist sie, und weist das Wahlergebnis des 14. September die Türe: hinaus aus der deutschen Parteigeschichte.

Prinz Leopold von Bayern †

München, 28. September.

Im Alter von 84 Jahren ist heute Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern gestorben.

Er wurde am 9. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Regenten Luitpold und seiner Gemahlin Augusta geboren. Als junger Artillerieoffizier nahm er am Feldzug von 1866 teil. Im Kriege von 1870/71 zeichnete er sich als Batterieführer bei Sedan und bei Villepion aus, wo er durch einen Prellschuß in die Hüfte verwundet wurde. Von 1887 bis 1892 war er kommandierender General des 1. Bayrischen Armeekorps in München und von 1892 bis 1913 Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion, die die drei bayrischen und zwei preußische Armeekorps umfaßte. 1915 wurde er Generalfeldmarschall. Im Juni desselben Jahres wurde er zur Führung einer Armee gegen Rußland berufen, mit der er Warschau eroberte. Nachdem der weitere Vormarsch im September zum Stehen gekommen war, wurde er Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe und später an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten. Mit Hindenburg stellte er sich nach dem Zusammenbruch der neuen Reichsregierung zur Verfügung, um das Chaos vermeiden zu helfen.

Demokraten und Staatspartei

Der demokratische Parteivorstand hielt am Sonnabendabend im Demokratischen Klubhaus in Berlin eine Sitzung ab, in der folgendes beschlossen wurde:

1. Der Parteivorstand wünscht die beschleunigte Fortsetzung der Verhandlungen wegen Konstituierung der Staatspartei, damit der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei möglichst bald zur Beschlußfassung berufen werden kann.

2. Der Parteivorstand empfiehlt den Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, durch rege Mitarbeit schon vor Abhaltung des Parteitages der Deutschen Staatspartei in den Wahlkreisverbänden und in den örtlichen Organisationen bei deren Aufbau dafür zu sorgen, daß die großen demokratischen Grundsätze zur vollen Geltung kommen.

Zu der Sitzung des demokratischen Parteivorstandes teilt das „Berliner Tageblatt" in seiner heutigen ersten Morgenausgabe mit, daß in der sehr ausgedehnten Aussprache auch die erheblichen Bedenken wegen der bisher mit der Staatspartei gemachten Erfahrungen nicht verschwiegen worden seien; die Meinungen hierüber seien jedenfalls geteilt gewesen.

Fünf Jahre Gefängnis für Derosa

Brüssel, 27. September.

Am Sonnabend wurde gegen den italienischen Antifaschisten Derosa, der bekanntlich auf den italienischen Kronprinzen in Brüssel einen Anschlag verübt hatte, das Urteil gefällt. Es lautete auf fünf Jahre Gefängnis. Irgendwelche Kundgebungen fanden in und vor dem Gerichtsgebäude nicht statt.

---

* **Wer wird Nachfolger von Böß?** Auf dem Dresdner Städtetag sprach gestern u. a. auch der Altonaer Oberbürgermeister Brauer. Der B. Z. zufolge sind seine Ausführungen deshalb besonders beachtet worden, weil er allgemein als aussichtsreichster Kandidat für den Posten des Berliner Oberbürgermeisters gelte. Wie wir dazu erfahren, wird die Frage der Besetzung der Leitung der Berliner Stadtverwaltung erst akut, wenn das Verfahren in Sachen Böß endgültig abgeschlossen ist.

* **Der amerikanische Multimillionär Guggenheim gestorben.** Der Kupfermagnat und Multimillionär Daniel Guggenheim ist heute im Alter von 74 Jahren gestorben.

* **Bergwerksunglück in Südafrika.** Wie Times aus Kapstadt meldet, kam es in einem Bergwerk bei Johannesburg dadurch zu einem schweren Unglück, daß sich ein leerer Förderkorb losriß und annähernd 1000 Meter tief in den Schacht hinabstürzte, auf dessen Grunde er in Stücke splitterte. Von den herumfliegenden Trümmern wurden vier Eingeborene getötet und sieben verletzt.

Ungarns neuer Wohlfahrtsminister

Sozialpolitiker Prälat Ernszt und seine Aufgaben

Die Ernennung des Abgeordneten Prälaten Dr. Ernszt zum Wohlfahrtsminister ist heute erfolgt. Minister Dr. Ernszt hat im Verlauf des heutigen Vormittags den Eid zu Händen des Reichsverwesers abgelegt.

(Von unserem Vertreter.)

K. **Budapest, 25. September.**

Der plötzliche Tod des Volkswohlfahrtsministers Dr. Joseph Vaß dürfte voraussichtlich zum Ausgangspunkt einer regen sozialpolitischen Tätigkeit werden. Dr. Vaß hat in der Bethlenregierung bekanntlich die Christlichnationale Wirtschaftspartei vertreten. Sieben Jahre hindurch war er nicht nur der treue Diener seines Herrn, sondern gewissermaßen auch dessen Alter ego und hat in Abwesenheit des Ministerpräsidenten die Regierung wiederholt aus schweren Situationen gerettet. Als persönlicher Freund des Ministerpräsidenten war er zugleich auch die sicherste Garantie dafür, daß seine Partei dem Ministerpräsidenten die Koalition nicht kündigen werde. Wiederholt haben sich in der Partei Stimmen erhoben, die oppositionelle Töne angeschlagen haben, doch ist es Dr. Vaß jedesmal gelungen, die Gemüter zu beschwichtigen.

Nach dem Tode Dr. Vaß' war man allenthalben gespannt, was nun die Christlichnationale Partei machen werde. Zahlreiche Parteiorganisationen aus der Provinz haben der Zentrale mitteilen lassen, daß man es gerne sehen würde, wenn die Partei in die Opposition ginge. Die schwere wirtschaftliche Lage und die sich ständig verschlechternden sozialen Verhältnisse haben ebenfalls ein Ausscheiden aus der Regierung befürwortet. Plötzlich aber hat Ministerpräsident Bethlen das vakannte Portefeuille dem Führer der Partei, Prälaten Dr. Alexander Ernszt, vorgetragen.

Die Annahme erfolgte aber nicht bedingungslos. Eine Hauptbedingung war u. a., daß Prälat Ernszt in seinem neuen Wirkungskreise nicht das Programm der Regierungspartei, **sondern die sozialen Bestimmungen und Forderungen seiner Partei als Richtschnur zu befolgen habe. Des weiteren forderte die Partei eine intensivere Sozialpolitik, einen stufenweisen Ausbau der demokratischen Staatseinrichtung, Sparsamkeitsmaßnahmen auf der ganzen Linie, intensiveren Schutz des Kleingewerbes und der Volkswirtschaft usw.** Daß Ministerpräsident Graf Bethlen die Erfüllung dieser Bedingungen versprechen wird, ist selbstredend. Einmal schon darum, weil es sachliche Forderungen sind, die auch von seiner Partei erhoben werden, aber auch darum, weil ihm die Person des Prälaten Ernszt aus Prestigegründen äußerst wichtig ist. Prälat Ernszt ist ein klarer Kopf, bis zur Rücksichtslosigkeit sachlich und als Debatter im Abgeordnetenhaus gefürchtet; obwohl Führer einer mit der Regierung koalierten Partei, hat er aus seiner Unzufriedenheit mit verschiedenen Maßnahmen der Regierung nie ein Geheimnis gemacht. Seine Ernennung zum Volkswohlfahrtsminister kommt daher gewissermaßen einer Entwaffnung gleich; Graf Bethlen hat sich wieder als routinierter Taktiker erwiesen.

Aber auch sachlich war es, trotz verschiedener Verlockungen, kaum möglich, das Angebot abzulehnen. Die Partei hätte es in der Opposition gewiß leichter gehabt; ihr Ausscheiden aus der Regierung hätten weite Kreise des Volkes mit Freude begrüßt. Da aber die Partei nicht der Popularität nachjagt, sondern dem Staate gegenüber positiv eingestellt ist und mit Verantwortung Politik macht, gab es keinen anderen Ausweg, als sich an der schweren Arbeit der Regierung zu beteiligen. Diese Mitarbeit haben auch ausschließlich katholische Gesichtspunkte befürwortet. Noch vor dem Kriege war es einzig und allein die Katholische Volkspartei, die eine moderne Sozialpolitik urgiert hat. Nach dem Zusammenbruch, als die staatsrechtlichen Fragen ihre Aktualität verloren hatten und als es galt, eine den modernen Anforderungen entsprechende Sozialpolitik zu inaugurieren, fiel die Wahl von selbst auf die Nachfolgerin der Katholischen Volkspartei, nämlich auf die Christlich-nationale Wirtschaftspartei. Was das moderne Ungarn an sozialen Institutionen aufzuweisen hat, ist — vielleicht ausschließlich — ein Verdienst der Christlichnationalen Wirtschaftspartei, und namentlich des unlängst verstorbenen Volkswohlfahrtsministers Dr. Vaß. Wenn nun zu seinem Nachfolger in der Person des Prälaten Ernszt von neuem ein Mitglied der Christlichnationalen Wirtschaftspartei, und zwar ein Priester, ernannt wurde, beweist das nur, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik in Ungarn die Katholiken, insbesondere aber der katholische Klerus führend und tonangebend ist. Darum wurde auch die Ernennung von Ernszt von sämtlichen, selbst von den gegnerischen Blättern, begrüßt; einstimmig stellte die Presse fest, daß es keinen geeigneteren Nachfolger für den verstorbenen Dr. Vaß gegeben hätte, als Prälat Ernszt.

Rechts-Regierung in Braunschweig

Und die Staatspartei?

Braunschweig, 27. September.

Die Verhandlungen der hinter der Bürgerlichen Einheitsliste stehenden Parteien und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Zwecke der Regierungsbildung in Braunschweig haben zu einer Einigung geführt. Die Regierung soll statt bisher drei nur noch von zwei Ministern gebildet werden. Von den Bürgerlichen wird der frühere Finanzminister Dr. Küchenthal vorgeschlagen werden. Der nationalsozialistische Ministerkandidat ist Amtsgerichtsrat Dr. Anton Franzen in Kiel.

Die „Braunschweigische Landeszeitung" veröffentlicht das Programm des Bürgerlichen Blocks und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Danach fordert u. a. der Bürgerliche Block Aufstellung einer genauen Bilanz des Staatsvermögens, auf Grund deren zu prüfen ist, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden kann, Prüfung der Frage, ob die Entfernung eines sogenannten Parteibuchbeamten ohne Ruhegehalt erfolgen kann, Beseitigung der Nebenbezüge der Staatsbeamten, Aufhebung des Ministerpensionsgesetzes. Die Minister erhalten nur Uebergangsbezüge. Eine ganze Reihe Sparmaßnahmen im gesamten Staatshaushalt, u. a. Vereinfachung des Staatsministeriums, sind weitere Programmpunkte.

Von den nationalsozialistischen Forderungen ist hervorzuheben: Herabsetzung des Ministergrundgehaltes von 18 000 auf 12 000 Mark, Säuberung der Landesverwaltung von Beamten und Angestellten, die ohne besondere Vorbildung und Eignung nur auf Grund ihres Parteibuches in den Staatsdienst gekommen sind, Vereinfachung und Verbilligung der Staats- und Schulverwaltung (Aufhebung des Forschungsinstitutes für internationale Erzeugungswissenschaft); die politische Einstellung und wirtschaftliche Führung gewährleistet die weitere Selbständigkeit des Landes Braunschweig.

Amtsgerichtsrat Dr. Franzen ist als Spitzenkandidat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für Schleswig-Holstein in den Reichstag gewählt worden.

Die Wahl der Regierung im Landtage dürfte kommenden Mittwoch erfolgen.

*

Die politischen Aussichten dieser Rechtsregierung nach dem Muster Thüringens sind keineswegs klar. Bürgerblock und Nationalsozialisten haben im Braunschweiger Landtag 20 Sitze inne, Sozialdemokratie und Kommunisten 19 Sitze. Da zwischen diesen beiden Partnern noch der eine und einzige Sitz der Staatspartei rangiert, ergibt sich die unsichere Situation, daß der Regierungsblock der Rechten gegen den Staatsparteiler keine Mehrheit besitzt. Diese wäre günstigstenfalls bei Stimmenthaltung des Staatsparteilers gegeben. Man muß den Eifer, mit dem die Nationalsozialisten auch unter so wackeligen Verhältnissen nach der Regierung dieses Landes streben, nur bewundern. Auf die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Nazis und Staatspartei darf man unter diesen Umständen höchst gespannt sein.

Thüringen gegen kommunistische Beamte

Weimar, 29. September. Das thüringische Staatsministerium gibt folgendes bekannt: Die immer drohender sich entwickelnde Betätigung der Kommunistischen Partei mit dem Ziel des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung macht es zur unabweisbaren Pflicht, durchgreifende Maßnahmen zum Schutz der Staatsordnung zu ergreifen. Es kann daher nicht länger geduldet werden, daß Staatsbeamte die genannte Organisation in irgendeiner Form länger unterstützen, sei es durch ausdrückliche Betätigung oder durch bloße Mitgliedschaft oder sonstwie, da darin eine Verletzung der im Beamtenverhältnis begründeten Treuevorpflichtung liegt. Das Staatsministerium bringt diese Auffassung der Beamtenschaft hiermit zur Kenntnis mit dem Hinweis, daß künftig gegen jeden Beamten, der gegen das vorstehende Verbot verstößt, im Dienststrafwege mit dem Ziel der Dienstentsetzung eingeschritten werden wird. Alle Behörden des Landes haben dieses Verbot unverzüglich zur Kenntnis der Beamten zu bringen und für strengste Durchführung dieses Verbots zu sorgen. Ueber Zuwiderhandlungen ist auf dem Dienstwege umgehend Anzeige zu erstatten. Unter Bezugnahme auf dieses Verbot gibt das thüringische Ministerium des Innern gleichzeitig bekannt, daß es dieses Verbot auch auf die Gemeinde- und Kreisbeamten ausdehnt

Kommunisten erhalten noch ein Mandat

Infolge Zugangs an Stimmen bei der Feststellung des endgültigen Ergebnisses in den Wahlkreisen hat sich die Zahl der gültigen Stimmen auf 34 956 723 erhöht, darunter 4 590 179 Stimmen für die Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese Partei wird daher mit 77 Abgeordneten (nicht 76) im neuen Reichstag vertreten sein. Für die übrigen Parteien bedeutet der Zuwachs an Stimmen keinen Mandatsgewinn. Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt nunmehr 577.

Lohntarif in der Rheinschiffahrt gekündigt

Duisburg, 27. September.

Mit Wirkung zum 31. Oktober haben die Arbeitgeberverbände die Lohn- und Arbeitstarife in der Rheinschiffahrt gekündigt. Dies geschieht in Auswirkung der bekannten Feststellungen im Rheinschiffahrtsgutachten, bis zu dessen Vorliegen die Parteien übereingekommen waren, die bisherigen Tarife bestehen zu lassen.

Andrées Heimkehr nach Schweden

Stockholm, 27. September.

Kurz vor 10 Uhr lief der Kreuzer „Svensksund" am Sonnabend in Gotenburg ein. Zur Erinnerung daran, daß die Andrée-Expedition vor 30 Jahren von Gotenburg aus auf dem gleichen schwedischen Kriegsschiff „Svensksund" die Reise nach Spitzbergen angetreten hatte, fand bei Ankunft des Schiffes eine Gedächtnisfeier statt. Im Hafen, wo Scheiterhaufen angezündet waren, hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Die erste Ansprache hielt der Landeshauptmann; nach dem Gesang des Studentenchors sprach Oberstleutnant Swedenborg, der selbst bei dem Start des Andréeschen Ballons zugegen gewesen war, „Grüßt unser liebes Schweden", habe Andrée, als der Ballon sich erhob, den Zurückbleibenden zugerufen. „Heute grüßt Euch Schweden", schloß Oberstleutnant Swedenborg seine Dankesworte. Eine große Anzahl von Verbänden, die der Andrée-Expedition nahestanden, Vertreter der Stadt Gotenburg und Angehörige der drei Forscher legten Kränze nieder, darunter Frau Andrée, die Schwägerin von Salomon August Andrée.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Meist schwache Winde aus Ost bis Nord. Nur vorübergehend verstärkte Bewölkung. Neigung zu Nebelbildung, nach sehr kühler Nacht tagsüber mäßige Erwärmung. Im Gebirge verhältnismäßig mild.